

INHALT

1. CDU-Fraktion stellt Missbilligungsantrag
2. Volksinitiative A20 erfolgreich
3. SPD, Grüne und SSW wollen Landtagsposten mit Parteigängern besetzen
4. Rader Hochbrücke – eine gemeinsame Lösung muss her
5. CDU-Fraktion zu Gast in Stormarn
6. Fraktionsbereisung: Arbeitskreis Wirtschaft
7. Fraktionsbereisung: Arbeitskreis Agrar und Umwelt
8. Fraktionsbereisung: Arbeitskreis Innen und Recht
9. Fraktionsbereisung: Arbeitskreise Bildung und Soziales
10. Girl's Day in der CDU-Landtagsfraktion

28.03.2014

CDU-Fraktion stellt Missbilligungsantrag Bildungsministerin Wende in der Kritik

Bildungsministerin Professor Waltraud Wende hat in den vergangenen Tagen viele Gemüter erhitzt. Zum einen hatte sie sich in der letzten Landtagssitzung gegenüber den Förderzentren im Land despektierlich geäußert und dabei den Unmut von Eltern und Lehrkräften auf sich gezogen. Die CDU-Fraktion reagierte am heutigen Freitag mit einem entsprechenden Missbilligungsantrag, nachdem eine Entschuldigung der Ministerin nach ihren Äußerungen nicht erfolgt war.

Zum anderen stellte die Ministerin am Montag (24. März 2014) ihre aktuellen Verordnungspläne für die Schulen vor. Diese sollen bereits zum nächste Schuljahr in Kraft treten. Die CDU-Bildungspolitikerin Heike Franzen hat diese Pläne als schädlich für die Bildungsqualität im Land bezeichnet: „Diese Verordnungen machen deutlich, wie sehr die Kinder unter der Wende in der Bildungspolitik leiden werden“, erklärte Franzen am Montag in Kiel.

Zugleich werde das Ausmaß der „Reformen“ von Ministerin Wende jetzt endgültig deutlich. Der Wegfall der Notenzeugnisse, die Abschaffung der Schullaufbahnpfehlungen, die nur noch im Ausnahmefall möglichen Schrägversetzungen sowie die Absenkung des Notendurchschnittes stünden für eine deutliche Reduzierung des Anforderungsniveaus.

„Diese Bildungsministerin steht für Quote um jeden Preis. Sie will die Quote der Abiturienten anheben. Was die Kinder lernen, ist ihr nicht wichtig. Das wird sich rächen“, so Franzen.

Link zur Pressemitteilung von Johannes Callsen und Heike Franzen:

<http://www.ltsh.de/pressticker/2014-03/28/12-49-13-1c7d/PI-UzVhuRx9-cdu.pdf>

Link zur Pressemitteilung von Heike Franzen:

<http://www.ltsh.de/pressticker/2014-03/24/17-26-46-6a19/PI-UzBcxmoZ-cdu.pdf>

Volksinitiative A20 erfolgreich

Mehr als 27.000 Unterschriften für schnellen Weiterbau

Der Sprung über die Elbe soll endlich Realität werden. So fordern es 27.534 Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner mit ihrer Unterschrift. Am Donnerstag übergaben Vertreter der Volksinitiative „A20 sofort“ Landtagspräsident Klaus Schlie eine entsprechende Unterschriftensammlung. Der Parlamentarische Geschäftsführer und verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Hans-Jörn Arp, bezeichnete den Erfolg der Initiative als ein starkes Signal an die Regierungskoalition.

Nun muss sich der Landtag mit der Initiative zu befassen. Die GRÜNEN haben bereits angekündigt, der Initiative nicht zuzustimmen. Wie sich SPD und SSW verhalten werden, ist noch offen.

Homepage der Volksinitiative:

www.a20-sofort.de



Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp

SPD, Grüne und SSW wollen Landtagsposten mit Parteigängern besetzen

Regierungsfractionen wollen mit Gesetzesänderung Neuausschreibung erreichen

Dass SPD, Grüne und SSW zur Verlängerung der Amtszeit des Grünen Landesdatenschutzbeauftragten extra das Gesetz ändern wollen, ist bereits seit langem bekannt. In dieser Woche zeigten sich die Regierungsfractionen nun auch bei der anstehenden Nachfolge der Bürgerbeauftragten und des Leitungspostens der Landeszentrale für politische Bildung ausgesprochen „kreativ“.

In einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz gab SPD-Fraktionschef Ralf Stegner bekannt, die Regierungsfractionen hätten sich auf die 43-jährige Juristin Samiah El Samadoni geeinigt. Er habe die Vorsitzenden der Oppositionsfractionen darüber informiert und hoffe auf eine breite Mehrheit.

Zwar kann die Bürgerbeauftragte mit einfacher Mehrheit gewählt werden. Da sie jedoch die Beauftragte des gesamten Landtages ist, wird üblicherweise versucht, über die Besetzung einen möglichst breiten Konsens herzustellen. „Dies geschieht nicht, indem Herr Stegner kurz vor einer angesetzten Pressekonferenz die Oppositionsfraktionen über seine Entscheidung informiert“, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Hans-Jörn Arp.

Trotz des von Herrn Stegner gewählten Verfahrens werde die CDU-Fraktion die Kandidatin zu einer Vorstellung in ihre Sitzung einladen.

Am Donnerstag leiteten die Regierungsfaktionen einen Gesetzentwurf zu, mit dem der Status des Leiters der Landeszentrale für politische Bildung geändert werden soll. Dabei gehe es auch um mehr parteipolitische Unabhängigkeit. Die drei Oppositionsfraktionsvorsitzenden reagierten in einer gemeinsamen Pressemitteilung. „SPD, Grüne und SSW wollen einen Bewerber verhindern, der das falsche Parteibuch hat. Das ist der einzige Grund für diesen unverschämten Entwurf. Die Regierungsfaktionen missbrauchen ein Gesetzgebungsverfahren für personalpolitische Zwecke“, erklärte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen.

Laut Medienberichten ist das seit einem halben Jahr laufende Ausschreibungsverfahren für einen neuen Leiter beendet. Der Favorit der Regierungsfaktionen ist abgesprungen, und die Nummer zwei auf der Liste soll aus einer FDP-nahen Stiftung kommen.

Link Pressemitteilung Hans-Jörn Arp:

http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-03-25_Hans-Joern_Arp_4225.html

Link gemeinsame Pressemitteilung:

http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-03-26_4228.html

Rader Hochbrücke – eine gemeinsame Lösung muss her CDU-Fraktion fordert Schluss mit parteipolitischen Schuldzuweisungen



Fraktionschef Johannes Callsen

Angesichts der erneuten Hiobsbotschaft über den desolaten Zustand der Rader Hochbrücke in dieser Woche, forderte die CDU-Fraktion alle Beteiligten auf, eine gemeinsame Lösung zu finden.

Am vergangenen Sonnabend war bekannt geworden, dass die wichtige Autobahnbrücke auch

nach der Notreparatur im letzten Jahr nur noch 12 Jahre halten wird. Zu diesem Schluss soll nach Presseberichten ein Gutachten kommen, das Ende Mai veröffentlicht werden soll.

Nach Bekanntwerden der gutachterlichen Einschätzung appellierten die CDU-Abgeordneten speziell an die Sozialdemokraten, das Angebot des CDU-Landesvorsitzenden Reimer Böge für eine Große Koalition der Verkehrsverantwortung im Land anzunehmen:

„Angesichts dieser katastrophalen Lage muss Schluss sein mit parteipolitischen Schuldzuweisungen und Taktierereien. Wenn sich die politischen Verantwortungsträger im Land jetzt nicht unterhaken, wird in zwölf Jahren kein Ersatzbauwerk für die Rader Hochbrücke stehen. Die Folgen wären katastrophal. Jetzt ist gemeinsames Arbeiten gefragt“, so CDU-Fraktionschef Johannes Callsen.

Der CDU-Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp forderte Ministerpräsident Albig am Dienstag auf, seine Zustimmung zur Ausweitung der LKW-Maut an zusätzliche Mittel für den Ersatz der Rader Hochbrücke zu koppeln.

Link zur Pressemitteilung von Hans-Jörn Arp:

http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-03-25_Pressemeldung_4224.pdf

Link zur Pressemitteilung von Johannes Callsen und Hans-Jörn Arp:

http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-03-22_Pressemeldung_4221.pdf

CDU-Fraktion zu Gast in Stormarn

Abgeordnete aus Land und Kreis warnen vor falschen Prioritätensetzung der Landesregierung

Der Unmut über die Landesregierung im Kreis Stormarn ist groß: Stillstand auf den Straßen und erheblich weniger Mittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich – so lautet die Hauptkritik der Stormarner Kommunalpolitiker, die sie den Kieler CDU-Landtagsabgeordneten am Dienstag (25. März 2014) mit auf den Weg gaben. Anstatt - wie üblich - in den Kieler Fraktionsräumen zu tagen, war die Fraktion in den Kreis Stormarn gefahren, um sich direkt vor Ort über aktuelle Themen, Sorgen und Nöte zu informieren. Die Politik der Landesregierung habe für den Kreis fatale Folgen, betonte der Stormarner Kreistagsfraktionsvorsitzende Joachim Wagner.

Der CDU-Finanzexperte und Stormarner Landtagsabgeordnete, Tobias Koch, formulierte es unmissverständlich: „Die Kuh, die man melken will, muss man aber auch füttern“. Als Kreis am Hamburger Rand leide Stormarn besonders unter dem Stillstand in der Verkehrspolitik von SPD, GRÜNEN und SSW. Nirgendwo seien die Maßnahmen im Zeitplan.

Kreis- und Landespolitiker waren sich darin einig, dass es nicht sein dürfe, dass die Menschen in Stormarn mit verspäteten Pendlerzügen, kaputten Straßen und zunehmender Lärmbelastigung den Preis für die hohen Steuereinnahmen des Kreises zahlen, während die Landesregierung das in Stormarn verdiente Geld munter im Lande umverteile.

Bereits vor der Fraktionssitzung hatten sich die Innen- und Finanzpolitiker der Landtagsfraktion mit Vertretern des Kreises Stormarn getroffen, um im Detail über die Reform des kommunalen Finanzausgleichs zu sprechen. Die innenpolitische Sprecherin, Petra Nicolaisen und der Finanzexperte Tobias Koch betonten nach dem Gespräch, dass man den Widerstand gegen den vorliegenden Entwurf weiter fortsetzen werde. "Wir werden im Verfahren konkrete Vorschläge machen. So wie der Entwurf jetzt ist, darf er niemals Gesetz werden", erklärte Nicolaisen.

Fraktionsbereisung: Arbeitskreis Wirtschaft CDU-Abgeordnete fordern Ausbau der L71

Anlässlich der CDU-Fraktionsbereisung im Kreis Stormarn traf sich der Fraktionsarbeitskreis Wirtschaft mit Kommunalpolitikern der Reinfelder CDU, dem Bürgermeisterkandidaten Andreas Lehmann sowie Herrn Dr. Hermann Langness von der „Bartels und Langness-Gruppe“, einem Kieler Großhandelsunternehmen mit 120 jähriger Geschichte und Verbundenheit gegenüber der Region.

Bei einem Besichtigungstermin vor Ort erläuterte Dr. Hermann Langness den Politikern das neueste Firmenprojekt - ein neuer Supermarkt im Gewerbegebiet an der A1 in Reinfeld. Der CDU-Wirtschaftsexperte Hartmut Hamerich zeigte sich von den Ausführungen beeindruckt: „Das Engagement der Unternehmensgruppe Bartels und Langness mit eine hochwertigen Immobilienentwicklung und Aufwertung regionaler Gewerbegebiete sucht in Schleswig-Holstein seines Gleichen. Auf diese Weise finden auch regionale Nahrungsmittel ihren Weg zum Endverbraucher.“

Nach der Vor-Ort-Besichtigung folgte für die Landtagsabgeordneten ein weiterer Ortstermin. Die Reinfelder Kommunalpolitiker führten sie zur sanierungsbedürftigen Landesstraße 71 (Ahrensböcker Straße). Dabei wurde einmal mehr deutlich, dass der Landeshaushalt für die Sanierung der Landesstraßen nach wie vor nicht auskömmlich gestaltet ist. Der örtliche CDU-Abgeordnete Rainer Wiegard betonte: „Ein bisschen mehr ist leider immer noch zu wenig und nicht hinnehmbar. Deshalb sei es zwingend notwendig, die Landesregierung immer wieder auf die Missstände auf den Landesstraßen hinzuweisen, damit teilweise seit 40 Jahren nicht mehr sanierte Landesstraßen nicht weitere 40 Jahre auf Verschleiß gefahren werden.“



Hartmut Hamerich, MdL

Fraktionsbereisung: Arbeitskreis Agrar und Umwelt

Abfallwirtschaft Trittau verwendet ökologisch richtungsweisendes Verfahren

Der Fraktionsarbeitskreis „Agrar und Umwelt“ der CDU-Landtagsfraktion besuchte im Rahmen der Kreisbereisung Stormarn die Abfallwirtschaft Trittau (AWT). Zusammen mit Vertretern der Kreistagsfraktion, unter Leitung des umweltpolitischen Sprechers Wolfgang Gerstand, informierten sich die Politiker bei der Geschäftsführung. Die AWSH entsorgt die Abfälle von 420.000 Einwohnern der Kreise Stormarn und Herzogtum Lauenburg.

Mit Ihren 103 Mitarbeitern steht die Trittauer Abfallwirtschaft für Innovation und neue Wege in der Abfallentsorgung/ -aufbereitung. Nachdem ein Bioabfallanteil von 41 Prozent im Restmüll festgestellt wurde, entschied man sich fraktionsübergreifend ein neues Abfalltarifsystem einzuführen. Neben der Einführung einer Grundgebühr wurden die Gebühren für Restabfälle angehoben und gleichzeitig die für Bioabfälle gesenkt. Dadurch wurde die gesonderte Bioabfallentsorgung für die Bürgerinnen und Bürger interessanter – nicht zuletzt weil so auch Kosten über eine kleinere Restmülltonne eingespart werden konnten.

Des Weiteren hat sich die AWT im vergangenen Jahr entschieden, neben der Produktion von Kompost, einen Teil Ihrer Bioabfälle zu vergären und so Strom zu gewinnen. Dieser Weg ist zwar nicht kostendeckend aber in Zeiten der Energiewende ökologisch richtungsweisend – besonders unter den Gesichtspunkten des Klimaschutzes und des Ausbaus Erneuerbarer Energien – zumal es sich um eine grundlastfähige Energieform handelt. Immerhin werden vier Millionen Kilowattstunden Strom erzeugt und 3.000 Haushalte mit Fernwärme versorgt.



Vertreter von Kreistag- und Landtagsfraktion informieren sich bei der AWT

Fraktionsbereisung: Arbeitskreis Innen und Recht

Nachwuchs der Feuerwehren muss gesichert werden

Der Fraktionsarbeitskreis Innen und Recht hat im Rahmen der Kreisbereisung nach Stormarn den dortigen Kreisfeuerwehrverband besucht. Kernthema des Gesprächs war die Nachwuchssituation der freiwilligen Feuerwehren.

Der Vorstoß der CDU zur freiwilligen Einführung von Kinderfeuerwehren wurde von den Vertretern der Feuerwehr grundsätzlich begrüßt. Allerdings müsse jede Feuerwehr für sich entscheiden, ob sie die erforderliche Betreuung von Kindern leisten könne.

Die innenpolitische Sprecherin, Petra Nicolaisen, betonte nach dem Gespräch die Wichtigkeit einer funktionierenden freiwilligen Feuerwehr. Daher müsse man alle Möglichkeiten zur

Nachwuchssicherung prüfen.

Link zum Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zum Brandschutz:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1600/drucksache-18-1665.pdf>



Katja Rathje-Hoffmann und Dr. Axel Bernstein beim Kreisfeuerwehrverband Stormarn

Fraktionsbereisung: Arbeitskreise Bildung und Soziales Förderzentren im Land müssen erhalten bleiben



Heike Franzen, Katja Rathje-Hoffmann und Karsten Jasper vorm Kinderhaus Blauer Elefant

„Hier wäre ich gerne nochmal Schulkind“, rutschte es der sozialpolitischen Sprecherin Katja Rathje-Hoffmann beim Besuch der Arbeitskreise Bildung und Soziales im Rahmen der Stormarner Kreisbereisung am Dienstag in der Betreuten Grundschule in Tangstedt heraus. Das im Jahr 2010 neben der Grundschule eröffnete zweigeschossige Gebäude wird von über 90 Kindern jährlich zum Essen, Spielen und Toben genutzt. „Ein vielfältiges Angebot für die Kinder mit einer Betreuungszeit von 7 bis 17 Uhr ist einfach nur toll und sollte ein Vorbild für das ganze Land sein“, so Rathje-Hoffmann.

Der zweite Besuch des Tages führte die Abgeordneten zum Kinderhaus „Blauer Elefant“ des Kinderschutzbundes in Bargteheide. Beim anschließenden Gespräch mit dem Geschäftsführer des Kinderschutzbundes, Ingo Loeding, und dem Bürgermeister der Stadt Bargteheide, Dr. Henning Görtz, erörterten die Abgeordneten aktuelle bildungs- und familienpolitische Themen.

„Beim „Blauen Elefanten“ in Bargtheide zeigt sich, welche Auswirkungen die Schließung von Förderzentren hat“, kommentierte die bildungspolitische Sprecherin Heike Franzen das Ergebnis der Gespräche. „Lange Wartezeiten für eine Förderung im „Blauen Elefanten“ zeigen, dass Förderzentren als „Schule mit Schülern“ erhalten bleiben müssen, um allen Kindern zeitnah eine intensive und fachliche Unterstützung in kleinen Lerngruppen zu ermöglichen“, führte Franzen abschließend aus.

Girl's Day in der CDU-Landtagsfraktion

Mädchen informierten sich über den Beruf der Politikerin

Anlässlich des diesjährigen Girls' Day am 27. März 2014 haben dreizehn Mädchen im Alter von 13 und 14 Jahren einen Tag lang in das Leben und den Alltag einer Politikerin und der CDU-Landtagsfraktion geschnuppert.

„Ich freue mich über das Interesse der jungen Mädchen an der Arbeit der Abgeordneten im Schleswig-Holsteinischen Landtag“, so die CDU-Landtagsabgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

Rathje-Hoffmann hatte die Mädchen begrüßt und sich deren Fragen gestellt. Von besonderem Interesse war, wie ein typischer Arbeitstag einer Politikerin aussehe oder was ihr an ihrem Beruf besonders gut gefalle. Dabei mussten alle feststellen, dass Politik noch häufig männerdominiert ist, auch wenn bereits seit vielen Jahren eine Frau an der Spitze der Republik stehe.

Neben den Eindrücken in der Fraktion konnten die Mädchen bei einem Besuch des Plenarsaals erste Eindrücke von der Arbeit in Landtag erhalten und auch einmal selbst ans Rednerpult treten.

„Politik ist ein vielfältiger Bereich und ich hoffe, wir konnten bei allen die Angst vor dem Beruf der Politikerin nehmen und das Interesse am politischen Leben in Schleswig-Holstein wecken, damit sie sich selbst engagieren und für ihre Ziele einsetzen“, so Rathje-Hoffmann abschließend.



Die Teilnehmerinnen des Girl's Day im Büro von Katja Rathje-Hoffmann

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de